

Noch bei keiner Präsentation eines wissenschaftlichen Gutachtens im Auftrag der Bundesregierung ist bisher eine so verwirrende Mehrfachstrategie praktiziert worden wie beim (ersten) Gutachten des siebenköpfigen „Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen“. Ehe die Expertise mit dem Titel „Medizinische und ökonomische Orientierung“ (Umfang: 547 DIN-A 4-Seiten) an den eigentlichen Adressaten, das Plenum der Konzertierten Aktion, übergeben werden konnte, sind vorab wohl dosiert und in zeitlich aufeinander abgestimmten Etappen wichtige Einzelheiten an die Öffentlichkeit gedrungen und publizistisch „ausgeschlachtet“ worden.

Der Beginn der Chronologie: 12. Dezember 1985: Errichtung des Sachverständigenrates für die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen, nachdem sich das Bundesarbeitsministerium von den Verbänden der Konzertierten Aktion (unver-

Konzertierte Aktion

Fulminant getönt

bindlich) Namenslisten für die Berufung des Rates hat einreichen lassen. Zuvor hatte die KAG am 18. November 1985 für eine (zeitlich befristete) Etablierung eines unabhängigen Rates votiert.

Nächste Etappe: Trotz des enormen Arbeitspensums und personeller Engpässe kommt das fulminante Gutachten des Rates planmäßig über. Der Redaktionsschlußtermin – 31. Januar – wurde jetzt erreicht. Bei der ersten Runde des Vorbereitenden Ausschusses, am 10. Februar, wurde die Expertise während eines Fototermins an Bundesarbeitsminister Norbert Blüm ausgehändigt; auch der Vorbereitende Ausschuß wurde mit Vorabexemplaren bedient. Parallel dazu erhielten auch einige Pressevertreter das Eingangs- und Schlußkapitel (mit den brisanten Empfehlungen).

Damit war aber das Gutachten praktisch in der Welt. Hinz und Kunz, Berufene und Unberufene konnten darüber reden, schreiben, kommentieren. Die Mitglieder der Konzertierten Aktion vernahmen das teils gelassen, teils verstimmt; hieß es doch ursprünglich, allein das Plenum der Konzertierten Aktion würde am 26. März das Gutachten debattieren. Dazu gibt es kaum noch Anlaß. Mit dem Gutachten befaßte sich die Konzertierte Aktion bereits vorab in einer acht Stunden dauernden Klausurtagung im Hause der Sozialausschüsse in Königswinter. Den Konzertierern wurde aufgetragen, lediglich Fragen an die Sachverständigen zu stellen, ohne im Detail und im Grundsatz zu bohren. Tags darauf, am 24. Februar, wurde der Pressetroß erneut in die „Kaserne“, das Domizil des Bundesarbeitsministeriums, gebeten, um das Gutachten noch besser zu „verkaufen“. Da muß man sich fragen: Sollen Gutachten und Gutachter zu politischen Schau- geschäften herhalten? HC

Bei Redaktionsschluß war es wohl Tatsache: Der sowjetische Psychiater Dr. Anatolij Korjagin ist bei seiner Familie in Charkow. Er war 1981 zu sieben Jahren Haftlager und weiteren fünf Jahren Verbannung verurteilt worden, weil er Material über den politischen Mißbrauch der Psychiatrie in der Sowjetunion gesammelt und in den Westen geschickt hatte. Auch das DEUTSCHE ARZTEBLATT hat mehrmals ausführlich über Korjagins Schicksal berichtet; der Deutsche Ärztetag hat gegen seine Verfolgung protestiert.

Alle freien Ärzte werden die Nachrichten über die Entlassung Korjagins und anderer Dissidenten freudig begrüßen. Das gilt auch für Mitglieder der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW), die oft dem Vorwurf, sie seien gegenüber der Sowjet-

Sowjetunion

Korjagin entlassen

union zu „blauäugig“, den Anspruch entgegengesetzt haben, auch sie hätten ihre Kontakte zu sowjetischen Ärzten und/oder Politikern dazu benutzt, sich für mehr Menschenrechte in der Sowjetunion einzusetzen. Falls sie etwas zum neuen Kurs Gorbatschows beigetragen haben sollten, dann um so besser.

Neuerdings haben sie ja einen „direkten Draht“ in die sowjetische Führungsspitze, denn der Ko-Präsident der IPPNW, Jewgeni Tschasow, hat das sowjetische Gesundheitsministerium übernommen. Ob man ihn nun deswegen gleich zum Vorkämpfer der Menschenrechte hochstilisieren muß, wie es westdeutsche IPPNW-Vertreter

jetzt nach ihrer Teilnahme am Moskauer „Friedensforum“ taten, muß angesichts von Tschasows Biographie wohl offenbleiben (siehe „Nachrichten“ in diesem Heft). Allerdings: Einen „hard liner“ würde Gorbatschow sicherlich gerade jetzt nicht in die Regierung geholt haben. Das legt die Frage nahe, wie Tschasow sich äußern wird, falls die Sowjetunion demnächst wieder Atombomben testet.

Die beiden IPPNW-Professoren Horst-Eberhard Richter und Karl Bonhoeffer sollten den Rundbrief ihrer eigenen Organisation aufmerksamer lesen. Dort wird der IPPNW-Kollege Röding aus der DDR zitiert, der ganz ungeniert über die „Triage“ nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl berichtete. Soll denn wirklich nur im Westen „Kriegsmedizin“ sein, was im Osten angeblich zum „neuen Friedensgeist“ gehört? gb